



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM



74,22 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



28,66 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Der Zubau neuer Gas-kraftwerke, die später wasserstofffähig betrieben werden können, ist dringender denn je“

SMART METER

Wettbewerbliche Messstellenbetreiber warnen vor Monopolisierung

KOHLE

Weltweiter Kohleverbrauch auf neuem Rekordstand

BILANZ

Thyssenkrupp Nucera steigert Ebit trotz Marktschwäche

BDEW-Chefin Kerstin Andreea bei der Vorstellung des BDEW-Jahresberichts vor Journalisten in Berlin

Inhalt

TOP-THEMA

→ **POLITIK:** BDEW sieht 2026 als Schlüsseljahr für die Energiepolitik

POLITIK & RECHT

- **SMART METER:** Wettbewerbliche Messstellenbetreiber warnen vor Monopolisierung
- **EMISSIONSHANDEL:** EU weitet CO2-Zoll auf weitere Produktgruppen auf
- **KLIMASCHUTZ:** Studie sieht Nachholbedarf bei RED-III-Umsetzung für Methanol
- **RECHT:** LNG-Terminal-Betreiber scheitert mit Beschwerde gegen Kostenbeteiligung

HANDEL & MARKT

- **KOHLE:** Weltweiter Kohleverbrauch auf neuem Rekordstand
- **IT:** Virtuelle Kraftwerke erreichen industrielle Größe
- **STUDIEN:** Prognos-Analyse verschiebt Fokus von Sanierung zu Elektrifizierung
- **UMFRAGE:** Sanierungsbereitschaft bei Immobilienbesitzern steigt

TECHNIK

- **WÄRMENETZ:** Schwarzes Gold für grüne Wärme
- **STROMNETZ:** 50 Hertz errichtet Anschluss für Rechenzentrum bei Berlin
- **STATISTIK DES TAGES:** CO2-Emissionen in Deutschland nach Sektoren 1990 bis 2030

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** Thyssenkrupp Nucera steigert Ebit trotz Marktschwäche
 - **WIRTSCHAFT:** Amprion erhöht Eigenkapital
 - **STROMSPEICHER:** Genossenschaft stemmt Speicherprojekt mit MVV Trading
 - **STROMSPEICHER:** Stadtwerke Duisburg planen zwei Großspeicher
 - **E&M-PODCAST:** Erneuerbare brauchen EU-Konsens
-

MARKTBERICHETE

- **MARKTKOMMENTAR:** CO2: Spekulative Anleger bauen ihre Nettolongpositionen aus
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

BDEW sieht 2026 als Schlüsseljahr für die Energiepolitik



BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae bei der Vorstellung des Jahresberichts 2025. Quelle: Susanne Harmsen

POLITIK. Im Jahresrückblick verweist der BDEW auf ein erfolgreiches Jahr für die Energiewirtschaft. Viele offene Fragen müsse die Politik rasch klären, an der Spitze stehen die neuen Kraftwerke.

„Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien hat weiter zugelegt, die Gaslieferungen kommen zuverlässig und die CO2-Emissionen sinken erneut.“ So fasste BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae bei einem Termin vor Journalisten die Erfolge der Branche für das bald abgelaufene Jahr zusammen. Laut dem dort vorgestellten Jahresbericht 2025 des Energieverbandes lag die Stromerzeugung bei knapp 500 Milliarden kWh, ein leichtes Plus von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Dabei konnte Photovoltaik zum Großteil das historisch windschwache erste Quartal ausgleichen und den Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung auf 58 Prozent bringen. Im Strommix bleibt Windkraft aber der mit Abstand wichtigste Energieträger, gefolgt von der Photovoltaik, die erstmals vor Erdgas auf Platz zwei liegt. „Wind und Sonne sind inzwischen ganz eindeutig die Hauptstromlieferanten in Deutschland“, so Andreae.

Viele Aufgaben für 2026

Wichtig im kommenden Jahr sei die Anpassung des Förder- und Investitionsrahmens für erneuerbare Energien, die den Ausbau nicht ausbremsen darf. „Gleichzeitig müssen der Ausbau Erneuerbarer besser mit den Netzen in Einklang gebracht werden und die Kosten- und Systemeffizienz stärker in den Fokus rücken“, sagte Andreae. Dazu gehörten neben gezielten Förderanreizen auch die Optimierung bei Ausschreibungen. Ein großer Hebel sei auch ein ernstgemeinter Bürokratieabbau, appellierte sie an die Regierung.

Zudem sieht der BDEW einen wachsenden Handlungsdruck beim Aufbau neuer steuerbarer Kraftwerkskapazitäten. Die Bundesnetzagentur sieht einen Bedarf von mindestens 22.000 MW steuerbarer Leistung als Backup für erneuerbaren Strom und Ersatz für Kohlekraftwerke. „Der Zubau neuer Gaskraftwerke, die später wasserstofffähig betrieben werden können, ist dringender denn je“, mahnte Andreae.

Selbst bei Ausschreibungen Anfang 2026 würden neue Kraftwerke aufgrund der Bauzeiten voraussichtlich erst Anfang der 2030er Jahre wirksam werden. „Das Kraftwerkssicherheitsgesetz sowie ein sich

anschließender technologieoffener Kapazitätsmarkt müssen daher jetzt Priorität haben“, mahnte sie. Gerade vor diesem Hintergrund benötige der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mehr politische Aufmerksamkeit. Von der Bundesnetzagentur forderte sie, für die Energieunternehmen zeitnah eine Mindestverzinsung zu kommunizieren, um das Vertrauen der Investoren zu erhalten.

Wärmemarkt auf Klimaschutz trimmen

Auch im Wärmemarkt bestünden große Herausforderungen: Drei von vier Haushalten heizen weiterhin mit Gas oder Öl. Zwar steigt im Wohnungsneubau der Anteil der Wärmepumpe auf inzwischen 67 Prozent, doch der Umbau des Bestands bleibt eine Mammutaufgabe. „Millionen Heizungen müssen in den kommenden zwei Jahrzehnten erneuerbar werden. Dafür brauchen wir verlässliche, verständliche und praxistaugliche Regeln“, so Andreea.

Entscheidend sei auch die rechtliche und wirtschaftliche Ausgestaltung der Transformation der Gasnetze. „Es braucht schnellstmöglich Regelungen, wie die Transformation der Gasversorgung so gelingen kann, dass weder Haushalte und Gewerbe noch die Netzbetreiber und Versorger auf unbezahlbaren Kosten sitzen bleiben“, appellierte die BDEW-Chefin.



Entwicklung der Stromerzeugung 2015-25 -

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: BDEW

Mehr Mittel für Investitionen

Mit Blick auf die schwarz-rote Bundesregierung begrüßt der BDEW erste Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise wie den Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten. Daneben seien jedoch auch steuerliche Entlastungen der Wirtschaft, verlässliche Investitionsbedingungen und weniger bürokratische Hürden notwendig, um den Standort Deutschland zu stärken. Andreea kritisierte zugleich die Finanzierung konsumtiver Maßnahmen aus dem Klima- und Transformationsfonds: „Diese Mittel fehlen dann für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.“

Wasserstoff vorantreiben

Der BDEW empfiehlt eine Wasserstoff-Alliance auf EU-Ebene, die Deutschland mit Frankreich führen könnten. Diese solle ein gemeinsames Commitment in der EU befördern, das Bürokratie abbaut und für einen schnellen Hochlauf sorgt. Damit ließen sich Produktionskosten für H2 deutlich senken, so die Hoffnung.

Zudem müssten Rechts- und Regulierungsrahmen außerhalb des H2-Kernnetzes gesetzt werden für Speicher, Verteilnetze und Importkorridore, erinnerte Andreea. Die Länder könnten die Nachfrage anreizen durch Preisgarantien und eine Versorgungsabsicherung über Differenzverträge (CfD). Wie die Grünstahlquote könne auch eine Wasserstoffquote Zugpferd für die Einführung sein.

Der **BDEW-Jahresbericht zur Energieversorgung 2025** steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

**Beschleunigen Sie mit uns
Ihre Reise Richtung digitalem,
dekarbonisiertem
Netz der Zukunft.**

Besuchen Sie uns:
E-world 2026
10.-12.02.2026
Stand: 6L112

Jetzt Gratisticket sichern



 POLITIK & RECHT


Quelle: Shutterstock / Shcherbakov Ilya

Wettbewerbliche Messstellenbetreiber warnen vor Monopolisierung

SMART METER. Rund 30 Unternehmen und Verbände appellieren an die Politik, den wettbewerblichen Messstellenbetrieb zu erhalten.

Die CEOs der Unternehmen Enpal, Techem, Lichtblick, Octopus Energy und Inexogy haben sich gemeinsam mit mehr als 20 weiteren Unternehmen und Verbänden in einem Appell an die Politik gewandt. Sie warnen davor, den wettbewerblichen Messstellenbetrieb zu schwächen oder wieder in ein Monopol der Netzbetreiber zu überführen.

Eine solche Re-Monopolisierung gefährde nach Einschätzung der Unterzeichner den Fortschritt beim Smart-Meter-Rollout sowie zentrale Investitionen in die digitale Energieinfrastruktur Deutschlands. Auslöser für den Schulterschluss ist die anhaltende politische Debatte über die künftige Ausgestaltung des Messwesens.

In den vergangenen Wochen hatte vor allem eine Aussage von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) in ihrem 10-Punkte-Plan im Nachgang zum Energiewende-Monitoring-Bericht die Branche aufgerüttelt und sowohl bei Messstellen- als auch Verteilnetzbetreibern für Verunsicherung gesorgt.

Aus den Äußerungen der Ministerin hatte sich unter anderem die Frage ergeben, ob die Rollen im intelligenten Messwesen noch einmal grundlegend neu verteilt werden und ob es wettbewerbliche Messstellenbetreiber weiterhin geben wird. Denn Reiche hatte erklärt, die Verantwortung für den verpflichtenden Rollout intelligenter Messsysteme solle „künftig bei den Verteilnetzbetreibern und damit im regulierten Anlagevermögen“ liegen.

Auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion, die um eine Erläuterung gebeten hatte, hatte das Bundeswirtschaftsministerium im vergangenen September lediglich geantwortet, das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende von 2023 habe die Verteilnetzbetreiber zwar stärker in die Finanzierungsverantwortung der Digitalisierung genommen, was den Rollout angestoßen habe. Er müsse aber noch weiter beschleunigt werden.

„Deshalb prüft die Bundesregierung Ansätze, die durch ein stärkeres Eigeninteresse den Verteilnetzbetreibern zum Treiber einer zügigen und resilienten Digitalisierung der Energiewende machen.“

Was dies konkret heißt, ließ das Ministerium in seiner Antwort offen.

In drei Jahren noch 5 Millionen weitere intelligente Messsysteme

Nach Darstellung der Unternehmen, die nun vor einer Re-Monopolisierung des Messwesens warnen, hat sich der wettbewerbliche Messstellenbetrieb in den vergangenen Jahren zu einem wesentlichen Treiber der Digitalisierung im Energiesektor entwickelt. Wettbewerbliche Anbieter hätten den Rollout intelligenter Messsysteme beschleunigt und zugleich Kostensenkungen für Haushalte und Unternehmen ermöglicht.

Nach Angaben der Unternehmen betreiben wettbewerbliche Messstellenbetreiber derzeit mehr als 15 Prozent aller intelligenten Messsysteme in Deutschland. Zudem seien bereits Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe getätigt worden. In den kommenden drei Jahren hätten sich die Anbieter verpflichtet, rund fünf Millionen weitere intelligente Messsysteme zu installieren.

Neben steigenden Installationszahlen verweisen die Unterzeichner auf die digitale Kompetenz der wettbewerblichen Anbieter. Diese trage zu effizienteren Rollout-Prozessen und zu bundesweit einheitlichen digitalen Standards bei. Zugleich unterstützten wettbewerbliche Messstellenbetreiber Stadtwerke und grundzuständige Messstellenbetreiber, die häufig nicht über ausreichende finanzielle oder personelle Ressourcen für einen schnellen Hochlauf verfügten.

Darüber hinaus sei der wettbewerbliche Messstellenbetrieb nach Einschätzung der Unternehmen zu einem wichtigen Partner für zahlreiche Geschäftsmodelle der Energiewende geworden. Durch ihre Flexibilität und Skalierbarkeit könnten die Anbieter bundesweit mit Herstellern und Anbietern von Wärmepumpen, Photovoltaik- und Speicherlösungen, Ladeinfrastruktur, E-Mobilitätsdiensten sowie mit Anbietern von Mieterstrommodellen zusammenarbeiten.

Die Unternehmen betonen zudem die Möglichkeit, intelligente Messsysteme auf freiwilliger Basis und auf Kundenwunsch zu installieren. Dies ermögliche einen schnelleren und stärker kundenorientierten Rollout und erleichtere es Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.

„Der Rollout hat endlich an Fahrt gewonnen – jetzt kommt es darauf an, den regulatorischen Rahmen nicht erneut grundlegend zu verändern. Was wir wirklich benötigen, sind Verlässlichkeit und Planungssicherheit“, so Mario Kohle, CEO von Enpal. Und Matthias Hartmann, CEO von Techem Energy Services, fügt hinzu, es sei strategisch richtig gewesen, den Messmarkt zu liberalisieren. „Den Wettbewerb jetzt zu beschneiden, wäre absurd und kontraproduktiv.“ // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

> **eex**

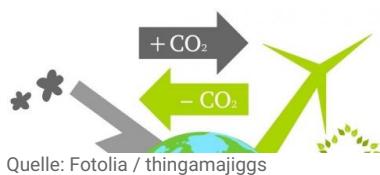
Ihre Kunden wünschen sich Preistransparenz?

↗ Hier das richtige Produkt finden!



part of eex group

EU weitet CO2-Zoll auf weitere Produktgruppen auf



EMISSIONSHANDEL. Die CBAM-Regelung für Importe in die EU soll noch dem Willen der Kommission erheblich ausgeweitet werden. Künftig sollen 180 Industrieprodukte unter den EU-CO2-Zoll fallen.

Die EU-Kommission will den CO2-Zoll auf Haushaltsgeräte und andere weiterverarbeitete Waren ausweiten. Künftig sollen 180 Industrieprodukte, darunter auch Haushaltswaren, unter den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) fallen, wie die Brüsseler Behörde mitteilte. Bislang werden nur Grundmaterialien wie Stahl, Aluminium, Zement und Elektrizität erfasst.

Mit dem CO2-Grenzausgleichsmechanismus CBAM befreist die EU Emissionen von Importen. Ab dem 1. Januar 2026 müssen Importeure also erstmals einen CO2-Preis für Emissionen zahlen, die bei der Produktion der Waren entstehen. Dies soll verhindern, dass günstige, aber klimaschädlich hergestellte Produkte auf dem europäischen Markt klimafreundliche Konkurrenz verdrängen. Wenn Stahl etwa in China klimaschädlicher hergestellt wird als in der EU, wird dieser Unterschied preislich ausgeglichen.

Zu 94 Prozent Industrieprodukte betroffen

Nach Angaben der Kommission sollen künftig 180 aus Stahl und Aluminium weiterverarbeitete Produkte unter die Anwendung der Abgabe fallen. Dies seien zu 94 Prozent Industriegüter mit einem durchschnittlichen Stahl- und Aluminiumanteil von 79 Prozent. Dazu gehörten etwa Spezialausrüstung, Metallhalterungen oder Zylinder. Sechs Prozent der betroffenen Waren seien Haushaltsprodukte.

Zudem sollen Schlupflöcher in der Regulierung geschlossen werden. Angepasste Berichtspflichten sollen die Rückverfolgbarkeit der CBAM-Waren erhöhen. Die Kommission erhält darüber hinaus die Befugnis, bei nachgewiesenen Missbrauchsfällen einzutreten.

Zum Ausgleich will die EU-Kommission einen Fonds zur Unterstützung von EU-Herstellern einrichten, die etwa wegen steigender Preise für importierten Stahl einen Wettbewerbsnachteil fürchten müssen. Der Fonds erstattet einen Teil der Zusatzkosten, die wegen EU-CO2-Regelungen entstehen.

Die Finanzierung erfolgt zu 25 Prozent aus Einnahmen aus dem Verkauf von CBAM-Zertifikaten, die eigentlich den EU-Staaten zugutekommen sollten. Die restlichen 75 Prozent werden den Angaben zufolge aus EU-Eigenmitteln gestemmt.

Der SPD-Europaabgeordnete Tiemo Wölken betont, es müsse sichergestellt werden, dass die Förderung unbürokratisch nutzbar ist und zugleich wirksame Anreize für klimafreundlichere Produktionsprozesse setze. „Der vorliegende Vorschlag bietet dafür eine Grundlage, die wir im parlamentarischen Verfahren jedoch noch verbessern müssen“, so der Politiker.

Kritik aus der Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaftsvereinigung Stahl sieht auch Nachbesserungsbedarf. So müsse der Ausgleichsmechanismus CBAM flächendeckend auf stahlintensive Folgeprodukte angewendet werden.

„Stückwerk reicht hier nicht aus und riskiert den Verlust stahlintensiver Branchen“, so die Interessenvertretung. Der Verband der europäischen Stahlindustrie (Eurofer) bewertet die Maßnahmen ebenfalls als unzureichend. So seien etwa die finanziellen Mittel des Unterstützungsfonds „höchst ungewiss“, teilte der Verband mit.

Der Interessenverband VCI forderte, dass die Chemieindustrie weiter ausgenommen bleiben müsse, da die Branche mit zehntausenden Produkten und hochkomplexen Produktionsketten für dieses Instrument ungeeignet sei. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Studie sieht Nachholbedarf bei RED-III-Umsetzung für Methanol



Quelle: Ikem

KLIMASCHUTZ. Eine Ikem-Studie zum Rechtsrahmen für biogenes und strombasiertes Methanol in der EU und Deutschland nennt fehlende Zertifizierungsstrukturen als Hindernis für seinen Klimaschutzbetrag.

Der unionsrechtliche Rahmen der EU bestimmt maßgeblich die Zertifizierung von biogenem und strombasierter Methanol (CH₃OH). Das zeigt eine aktuelle Studie zu den regulatorischen Voraussetzungen im europäischen und nationalen Recht. Sie wurde vom Ikem, dem Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität erarbeitet und am 17. Dezember publiziert. Mit der Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED III) hat der europäische Gesetzgeber die Vorgaben für erneuerbare Brennstoffe deutlich weiterentwickelt.

Laut der Studie verschärft die RED III die bereits in der Vorgängerrichtlinie RED II festgelegten Anforderungen an biogene Brennstoffe sowie an erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs (Renewable Fuels of Non-Biological Origin, RFNBO). Gleichzeitig hebt die EU sowohl das sektorenübergreifende Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien als auch die Zielvorgaben für den Verkehrssektor an zur Minderung von Treibhausgasen (THG). Hinzu kommen neue Unterquoten für einzelne Kraftstoffoptionen, zu deren Erfüllung auch Methanol beitragen kann.

Methanol kann aus Biomasse oder durch strombasierte Synthese aus grünem Wasserstoff und CO₂ hergestellt werden. Je nach Herstellungsart und Einsatzbereich wird es rechtlich als Biokraftstoff, flüssiger Biobrennstoff oder als erneuerbarer Kraftstoff nicht biogenen Ursprungs (RFNBO) eingestuft. Jede Kategorie unterliegt eigenen Nachhaltigkeits- und THG-Einsparungskriterien. Nur Methanol, das diese Vorgaben erfüllt, kann auf die EU-Zielvorgaben für erneuerbare Energien und die nationale THG-Minderungsquote angerechnet werden.

Treibhausgasneutralität nicht angerechnet

Zentrale Voraussetzung für die Anrechnung auf diese Zielvorgaben ist nach Unionsrecht eine Zertifizierung. Nach Darstellung der Studienautoren dürfen erneuerbare Brennstoffe nur dann auf die Quoten angerechnet werden, wenn sie durch ein von der Europäischen Kommission anerkanntes Zertifizierungssystem nachgewiesen sind.

Das gilt ausdrücklich auch für Methanol biogenen oder strombasierten Ursprungs. Im Zertifizierungsverfahren müssen unter anderem die Nachhaltigkeitskriterien sowie die Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen belegt werden. Ohne diesen formalen Nachweis kann Methanol rechtlich nicht zur Erfüllung der Vorgaben der RED III beitragen, selbst wenn es faktisch treibhausgasneutral hergestellt wurde.

Datenbanken ergänzen

In der praktischen Umsetzung identifiziert die Studie jedoch Defizite. So sieht Artikel 31a der RED III eine Unionsdatenbank zur Nachverfolgung erneuerbarer Brennstoffe vor. Diese Datenbank ist bislang lediglich

für Biokraftstoffe eingerichtet. Für RFNBO, zu denen auch strombasiertes Methanol zählt, existiert nach Angaben der Studie derzeit keine entsprechende Plattform. Das erschwert die einheitliche Nachverfolgbarkeit und die gegenseitige Anerkennung dieser Kraftstoffe im europäischen Binnenmarkt.

Auch auf nationaler Ebene besteht aus Sicht der Autoren erheblicher Anpassungsbedarf. Das derzeitige System der Treibhausgasminderungsquote nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sowie die Zertifizierungs- und Nachweisregelungen der 37. Bundes-Immissionsschutzverordnung (37. BImSchV), der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung und der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung setzen bislang nur die Vorgaben der RED II um.

Deutschland versäumt Fristen

Die Frist zur Umsetzung der RED III in nationales Recht endete am 21. Mai 2025, wurde jedoch nicht eingehalten. Nach Angaben der Studie arbeitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUKN) aktuell an Referentenentwürfen. Diese sollen unter anderem die Ausweitung der THG-Quote auf alle Verkehrsbereiche, höhere Emissionsminderungsziele, die Einbindung der Unionsdatenbank sowie strengere Zertifizierungsanforderungen in deutsches Recht überführen.

Darüber hinaus verweist die Studie auf weiteren Vollzugsbedarf. Im Rahmen der 37. BImSchV müsse das Umweltbundesamt ein zentrales Register für RFNBO einrichten. Erst mit diesen strukturellen und rechtlichen Anpassungen könne Methanol sein Potenzial zur Erfüllung der europäischen und nationalen Klimaziele im Verkehrssektor tatsächlich entfalten.

Die [Ikem-Studie zur Zertifizierung von erneuerbarem Methanol](#) steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

LNG-Terminal-Betreiber scheitert mit Beschwerde gegen Kostenbeteiligung



Quelle: Fotolia / vege

RECHT. Die Deutsche Regas muss sich nach Auffassung des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit 70 Millionen Euro an den Baukosten für die Ostsee-Anbindungsleitung beteiligen.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG) hat die Beschwerde des LNG-Terminalbetreibers Deutsche Regas gegen die Kostenbeteiligung für die Anbindung der Insel Rügen an das Ferngasnetz über die Ostsee-Anbindungsleitung (OAL) zurückgewiesen. Über die Gründe für den Beschluss war bis Redaktionsschluss noch nichts zu erfahren. Regas kann den Gerichtsbeschluss anfechten, das OLG hat die Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof zugelassen.

„Wir nehmen die Entscheidung des Gerichts zur Kenntnis und werden diese prüfen“, äußert sich der geschäftsführende Gesellschafter des Unternehmens, Ingo Wagner, in einer Mitteilung. Das privat finanzierte Unternehmen Regas sieht sich durch die Kosten für die Infrastruktur benachteiligt.

Für die Anbindung der schwimmenden Importinfrastruktur für Flüssigerdgas in Westdeutschland seien den bundeseigenen Terminals keine vergleichbaren Kostenbeteiligungen für den Ausbau der nachgelagerten Netzkapazitäten auferlegt worden, moniert der Betreiber des Terminals im Hafen von Mukran.

Die OAL misst rund 50 Kilometer und verbindet das LNG-Terminal mit dem deutschen Gasfernleitungsnetz in Lubmin. Das Terminal hat nach Unternehmensangaben eine jährliche Regasifizierungskapazität von bis zu 13,5 Milliarden Kubikmetern. Der Regelbetrieb der Pipeline startete im September 2024.

Nach Berichten der Deutschen Presseagentur würde die Deutsche Regas mit dem geforderten Betrag von 70 Millionen Euro mit rund zehn Prozent an den Baukosten der Leitung beteiligt. Grundlage dafür sei ein Beschluss der Bundesnetzagentur vom 26. September 2024.

„Klarer finanzieller Nachteil“

„Die Deutsche Regas hat als einziges privat finanziertes Unternehmen in der Energiekrise Importinfrastruktur für Flüssiggas in Deutschland aufgebaut, ohne staatliche Förderung“, so Ingo Wagner. Anstatt eines „Level-Playing Field“ werde Regas „ein weiterer klarer finanzieller Nachteil im Wettbewerb mit den hochsubventionierten bundeseigenen Terminals auferlegt“.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Anfang Dezember die Übergangsfrist für den bisherigen Betrieb in Mukran bis zum 30. April 2026 verlängert. Für die Zeit danach ist ein Änderungsgenehmigungsverfahren erforderlich. Hintergrund: Entgegen der ursprünglichen Genehmigung hat Regas keine eigene Landstromversorgung für die Regasifizierung gebaut, sondern nutzt dafür schiffseigene Gasgeneratoren der schwimmenden Anlage.

Das Unternehmen hat beim Umweltamt beantragt, dieses Verfahren bis 2043 fortsetzen zu dürfen. Dafür seien die Gasgeneratoren mit Katalysatoren nachgerüstet worden, diese verursachten geringere Emissionen als eine KWK-Anlage an Land. Zudem halte der Betrieb die geltenden Grenzwerte für Lärm ein. Regas wollte vor Gericht erreichen, dass das laufende Verfahren für die Änderungsgenehmigung ohne Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen wird. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

 HANDEL & MARKT


Quelle: Fotolia / kw-on

Weltweiter Kohleverbrauch auf neuem Rekordstand

KOHLE. Die weltweite Kohlenachfrage erreicht 2025 einen neuen Höchststand. Dies geht aus dem jetzt von der IEA vorgelegten Bericht Coal 2025 hervor.

Im Vergleich zum Jahr 2024 ist der Verbrauch an Kohle 2025 global um 40 Millionen Tonnen entsprechend 0,5 Prozent gestiegen. Den stärksten Zuwachs weist die International Energy Agency (IEA) mit 37 Millionen Tonnen für die USA aus. Als Gründe werden politische Maßnahmen und höhere Gaspreise genannt.

In der Europäischen Union hat sich der rückläufige Trend 2025 – aufgrund ungünstiger Windverhältnisse im ersten Halbjahr 2025 – verlangsamt. Der Verbrauch sank von 311 Millionen Tonnen 2024 um 1,5 Prozent auf 306 Millionen Tonnen.

In Indien, dem Wachstumstreiber der Vorjahre, verringerte sich die Nachfrage um 16 auf 1.297 Millionen Tonnen. In China blieb der Verbrauch mit 4.953 Millionen Tonnen stabil, ebenso in Japan mit 159 Millionen Tonnen nach 160 Millionen Tonnen 2024. In den ASEAN-Staaten setzte sich der Anstieg fort. China hatte 2025 einen Anteil von 56 Prozent am weltweiten Kohleverbrauch.

Leichter Rückgang bis 2030 erwartet

Für den Zeitraum bis 2030 erwartet die IEA einen leichten Rückgang der globalen Kohlenachfrage auf 8.579 Millionen Tonnen. Das entspräche einem Minus von rund drei Prozent gegenüber 2025 und einem Niveau wie vor 2023. China bleibt trotz einer Abschwächung durch den Ausbau erneuerbarer Energien der dominierende Markt.

Für Indien und die ASEAN-Staaten wird weiter steigender Bedarf prognostiziert. Dagegen soll der Kohleverbrauch in den USA um rund ein Viertel auf 304 Millionen Tonnen und in der EU um etwa die Hälfte auf 153 Millionen Tonnen sinken.

Die weltweite Kohleförderung lag 2025 bei 9.111 Millionen Tonnen und damit nahezu auf dem Niveau von 2024. In China stieg die Förderung um 0,8 Prozent auf 4.704 Millionen Tonnen, was 52 Prozent der globalen Produktion entspricht.

Bis 2030 soll die weltweite Förderung auf 8.641 Millionen Tonnen sinken. Rückgänge erwartet die IEA vor

allem in China, den USA und Europa. Für die EU wird für 2030 eine Förderung von 132 Millionen Tonnen prognostiziert, 45 Prozent weniger als 2025. In Indien soll die Förderung dagegen von 1.089 auf 1.283 Millionen Tonnen steigen.

Der weltweite Kohlehandel belief sich 2025 auf 1.463 Millionen Tonnen, davon 1.106 Millionen Tonnen Kesselkohle und 357 Millionen Tonnen Kokskohle. Gegenüber 2024 ging der Handel um 5,1 Prozent zurück. China blieb trotz eines Importminus von 10,7 Prozent das wichtigste Importland.

Bis 2030 soll der weltweite Kohlehandel auf 1.304 Millionen Tonnen sinken, davon entfallen auf China 394 Millionen Tonnen. Die europäischen Importe werden für 2030 auf 74 Millionen Tonnen veranschlagt, nach 118 Millionen Tonnen im Jahr 2025.

Die Steinkohle-Referenzpreise gaben 2025 gegenüber 2024 auf den wichtigsten Märkten nach, lagen aber weiterhin über dem Vorkrisenniveau. Der Preis für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg frei Amsterdam/Rotterdam/Antwerpen lag 2025 im Durchschnitt bei 101 US-Dollar je Tonne, zehn Prozent unter dem Vorjahr, aber zwölf Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019.

// VON HANS-WILHELM SCHIFFER

^ Zum Inhalt

Virtuelle Kraftwerke erreichen industrielle Größe



Quelle: Pixabay / Gerd Altman

IT. Der Energiedienstleister Kraken koordiniert laut eigenen Angaben mehr flexible Ökostrom-Leistung als Europas größtes Kohlekraftwerk. Auch die Berliner Enpal ist gut in diesem Geschäft.

Virtuelle Kraftwerke erreichen nach Angaben von Technologieanbietern zunehmend Leistungsdimensionen klassischer Großkraftwerke. Das britische Unternehmen Kraken, spezialisiert auf Software für Energiemanagement und Flexibilität, gibt an, inzwischen mehr steuerbare erneuerbare Leistung zu koordinieren als das polnische Kohlekraftwerk Belchatow liefert. Dieses gilt als größtes Kohlekraftwerk Europas mit 4.000 MW Leistung und produziert 20 Prozent des polnischen Stroms.

Konkret verwaltet Kraken, das zum Energieanbieter Octopus Energy gehört, nach eigenen Angaben rund 5.700 MW flexibel abrufbare Leistung. Diese setzt sich aus etwa 3.200 MW steuerbarer Erzeugung und Großbatteriespeichern sowie weiteren 2.500 MW Flexibilität aus Haushalten zusammen. Dazu zählen unter anderem Elektrofahrzeuge, Wärmepumpen und Heimspeicher. Die Anlagen werden über Software in Echtzeit koordiniert und wie ein gemeinsames Kraftwerk betrieben.

Bessere Netzauslastung

Laut Kraken zeigt das Beispiel, dass dezentrale, softwarebasierte Systeme klassische fossile Erzeugungsstrukturen funktional ersetzen können. Die Technologie überwacht Stromnetze und Märkte laufend, steuert Lade- und Entladevorgänge von Batterien und verschiebt Verbrauch gezielt in Zeiten mit hoher erneuerbarer Erzeugung. Ziel ist es, Lastspitzen zu reduzieren und bestehende Netzinfrastruktur besser auszulasten.

Devrim Celal, Chief Flexibility and Marketing Officer bei Kraken, ordnet die Entwicklung als strukturellen Wandel ein. Virtuelle Kraftwerke seien keine Nischenlösung mehr, sondern entwickelten sich zu einem zentralen Baustein moderner Stromsysteme, sagte Celal in einer Mitteilung. Energieversorger erhielten

dadurch mehr Kontrolle über schwankende erneuerbare Erzeugung und könnten fossile Kraftwerke schneller ersetzen.

Enpal koordiniert 40.000 Haushalte

Auch in Deutschland wächst die Bedeutung virtueller Kraftwerke. Der Berliner Anbieter Enpal nennt sich selbst Marktführer bei der Installation von Solaranlagen und Wärmepumpen in Deutschland. Er betreibt mit „Enpal.One+“ ein virtuelles Kraftwerk, das nach Unternehmensangaben mehr als 40.000 Haushalte einbindet. Rund 40 Prozent des gesamten Enpal-Portfolios nehmen demnach bereits teil. Technischer Partner ist das Joint Venture Flexa.

Das virtuelle Kraftwerk von Enpal vernetzt über 100.000 dezentrale Anlagen wie Photovoltaiksysteme, Batteriespeicher und Wallboxen. Aktuell ergibt sich daraus laut Enpal eine steuerbare Gesamtleistung von rund 400 MW. Monatlich kommen mehrere tausend weitere Haushalte hinzu.

Flexibilität stabilisiert das System

Benjamin Merle-Oberheide, Chief Product Officer bei Enpal, sieht in der Kombination aus Photovoltaik, Speicher und intelligenter Steuerung einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität. Durch die markt- und netzorientierte Steuerung lasse sich der Bedarf an zentralen fossilen Kraftwerken reduzieren, erklärte Merle-Oberheide. Zugleich wies er auf fehlende Harmonisierung bei IT-Systemen und Marktprozessen hin, die eine schnellere Skalierung erschwere.

Enpal plant, das virtuelle Kraftwerk ab 2026 auf das gesamte Kundenportfolio sowie auf Neukunden auszuweiten. Dann soll eine Gesamtleistung von über 1.000 MW erreicht werden. Diese Größenordnung liege laut Unternehmen im Bereich mehrerer Kohlekraftwerksblöcke. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Prognos-Analyse verschiebt Fokus von Sanierung zu Elektrifizierung



Quelle: Pixabay / Gerd Altman

STUDIEN. Laut einer neuen Studie ist eine umfassende Elektrifizierung im Wärmesektor kosteneffizient erreichbar – auch ohne höhere Sanierungsrate. Die Prognos-Studie löste umgehend Kritik aus.

Eine neue Prognos-Studie im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität stellt höhere Sanierungsrate infrage. Die Studie wurde am 16. Dezember vorgestellt. „Klimapolitisch ist das eine sehr gute Nachricht“, zeigte sich Thomas Losse-Müller, Direktor der Stiftung Klimaneutralität, überzeugt.

„Wir sind lange davon ausgegangen, dass wir die Heizlast in Gebäuden deutlich stärker senken müssen, damit die Kosten im Stromsystem im Zuge der Elektrifizierung nicht explodieren. Unsere Analyse zeigt, dass diese Annahme nicht stimmt. Das erweitert unseren Handlungsspielraum.“

Allerdings haben nach der Veröffentlichung der Studie Branchenvertreter wie der Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle (BUVEG) dieser Darstellung widersprochen und warnen vor sozialen und energetischen Folgen.

Die Stiftung Klimaneutralität und Prognos haben eine Sensitivitätsanalyse zur Rolle der energetischen Sanierung im klimaneutralen Energiesystem vorgelegt. Ausgangspunkt der Analyse war das Szenario „Klimaneutrales Deutschland: Von der Zielsetzung zur Umsetzung“ (KNDE) von Agora Energiewende, das

von steigenden Sanierungsralten von 1,7 Prozent jährlich ausgeht. Die neue Analyse von Prognos hält die jährliche Sanierungsrate dagegen konstant bei rund einem Prozent und untersuchte die Effekte bis 2045.

Die Studienautoren kommen zu dem Ergebnis, dass geringere Sanierungsanstrengungen den Endenergieverbrauch im Gebäudesektor nur moderat erhöhen. Für das Jahr 2045 beziffert Prognos den Mehrverbrauch auf 32 Milliarden kWh verglichen mit dem Referenzszenario, was rund vier Prozent entspricht. Der zusätzliche Bedarf entfällt überwiegend auf Umweltwärme, Fernwärme und Strom für Wärmepumpen.

Auch die Belastung des Stromsystems fällt laut Analyse begrenzt aus. Der Bruttostrombedarf steigt um 6,6 Milliarden kWh oder 0,5 Prozent, die maximale zusätzliche Last durch Wärmepumpen um 1.300 MW. Prognos sieht darin keinen systemkritischen Effekt, selbst bei weiter fortschreitender Elektrifizierung anderer Sektoren.

Kostenverlagerung hin zur Energiewirtschaft

Es ergibt sich aber eine Kostenverlagerung: Geringeren Investitionsbedarfen für Sanierungen im Gebäudesektor stehen Mehrkosten für Erzeugung und Netze im Stromsystem gegenüber. Für das Jahr 2045 ergeben sich Mehrkosten von 4,5 Milliarden Euro im Energiesektor, denen Einsparungen von 5,1 Milliarden Euro bei Sanierungen gegenüberstehen. Kumuliert über den Zeitraum 2025 bis 2045 errechnet Prognos leichte Minderkosten von rund 200 Millionen Euro.

Die Stiftung Klimaneutralität leitet aus den Ergebnissen politische Schlussfolgerungen ab. Sie sieht in einer stärkeren Elektrifizierung der Wärmeversorgung einen sozial verträglicheren Weg, da Kosten über das Stromsystem breiter verteilt werden können. Hohe Sanierungsinvestitionen belasteten dagegen einzelne Eigentümer oder Mieterhaushalte stark, insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten.

Aus Sicht der Stiftung eröffnet die Analyse einen größeren Handlungsspielraum für die Wärmewende. Förderpolitik müsse sich weniger auf steigende Sanierungsralten konzentrieren und stärker auf den Heizungswechsel. „Das ist sozialer und hilft auch dem Klima mehr“, sagte Losse-Müller. Dahin müsse die Förderung gehen und deshalb sei auch die 65-Prozent-Quote im Gebäudenergiegesetz so wichtig.

Kritik aus der Gebäudebranche

Der Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle (BUVEG) widerspricht dieser Interpretation. Verbandschef Jan Peter Hinrichs kritisiert, warnt inhaltlich unter anderem vor Fehlanreizen. Ein hoher Elektrifizierungsgrad ohne ausreichende Sanierung führe in energetisch schlechten Gebäuden zu hohem Energiebedarf. Rund 30 Prozent der Wohngebäude zählen zu den schlechtesten Effizienzklassen, etwa die Hälfte gilt nicht als wärmetechnisch geeignet für einen wirtschaftlichen Betrieb moderner Heizsysteme. Die Folge seien hohe Vorlauftemperaturen und steigende Energiekosten nach dem Heizungstausch.

Davon betroffen seien häufig Haushalte mit geringer Kaufkraft. Aus Sicht des BUVEG verschärft eine einseitige Fokussierung auf den Heizungswechsel soziale Risiken, statt sie zu mindern. Der Verband betont, dass erneuerbare Energien auch langfristig verfügbar bleiben und im Winter konkurrierende Nachfrage aus Industrie und Verkehr besteht.

Der BUVEG plädiert für einen integrierten Blick auf den Gebäudebestand. Klimaneutralität lasse sich nur durch das Zusammenspiel von Heizung, Gebäudehülle und technischer Ausstattung erreichen.



Die Analyse „Auswirkungen unterschiedlicher Sanierungsrate auf das Energiesystem und seine Kosten“ als PDF.

Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Prognos

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Sanierungsbereitschaft bei Immobilienbesitzern steigt



Quelle: Pixabay / Tumisu

UMFRAGE. Einer Umfrage von Sirius Campus zufolge nimmt unter deutschen Immobilienbesitzern die Bereitschaft zur energetischen Sanierung zu. Auch der Glauben an die Energiewende steigt.

Rund 6,2 Millionen Haushalte in Deutschland haben laut Sirius Campus konkrete Pläne, ihre Wohnimmobilien energetisch zu sanieren. Das entspricht etwa 15 Prozent aller 41,3 Millionen Haushalte. Die Ergebnisse stammen aus der jährlichen Marktuntersuchung „Monitor zur Energiewende“, für die das Strategieberatungsunternehmen im September 2025 mehr 2.200 Personen befragt hat.

Wenig überraschend zeigen dabei Haus-Wohneigentümer (27 Prozent) steigende Investitionsbereitschaft. Aber auch der Anteil privater Vermieter, die in den kommenden fünf Jahren ein oder mehrere energetische Sanierungen planen, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: von 21 auf 26 Prozent.

Die dabei am häufigsten geplante Maßnahme bleibt der Befragung zufolge mit 16 Prozent die Installation einer Photovoltaikanlage. Wärmedämmung (12 Prozent) und der Austausch ineffizienter Heizsysteme (8 Prozent) folgen auf den weiteren Plätzen.

Bei letzteren planen 61 Prozent der befragten Sanierungsplanenden die Nutzung (noch) förderfähiger Heizungen wie Wärmepumpen, Fernwärme oder Holzpellet-Systeme. Nur ein Viertel setzt noch auf fossile Heizsysteme.

In der Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre berichten 47 Prozent der Haus-Wohneigentümer von der Installation einer förderfähigen Heizung – meist Wärmepumpen. Oliver Gaedeke, Geschäftsführer von Sirius Campus, sieht in positiven Nachbarschaftsbeispielen und wachsender Förderbekanntheit wichtige Treiber für diese Entwicklung.



Sanierungspläne von Immobilienbesitzern.

Zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken.

Quelle Sirius Campus

Zufriedenheit mit umgesetzten Sanierungen hoch

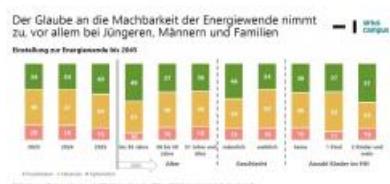
Die Zufriedenheit unter den Sanierenden ist laut Untersuchung hoch: 94 Prozent bewerten ihre Projekte positiv, 65 Prozent sind sogar begeistert. Im Schnitt geben Investoren ihre Erfahrungen zweimal im persönlichen Umfeld weiter. Gleichzeitig beschäftigt sich nur ein Viertel der Hausbesitzer aktiv mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG), obwohl es einen relevanten Einfluss auf die Sanierungsbereitschaft hat.

Als Hauptmotive für eine Sanierung nennen Eigentümer vor allem die Senkung der Energiekosten (54 Prozent), die Wertsteigerung der Immobilie (47 Prozent) sowie mehr Unabhängigkeit von Energiepreisen (38 Prozent). Auch der Klimaschutz (32 Prozent) spielt eine Rolle.

Optimismus im Hinblick auf die Energiewende nimmt zu

Der allgemeine Glaube an das Gelingen der Energiewende wächst. 55 Prozent der Haushalte halten es der Befragung zufolge für realistisch, dass Deutschland bis 2045 mehr als 90 Prozent seines Stroms und seiner Wärme aus erneuerbaren Quellen bezieht. Das sind acht Prozentpunkte mehr als 2023. Der Anteil optimistischer Haushalte ist in zwei Jahren von 34 auf 40 Prozent gestiegen, während der Anteil pessimistischer Stimmen auf 16 Prozent gesunken ist.

„Die zunehmende Überzeugung von der Energiewende steigert auch den Mut der Wohneigentümer, mit Sanierungen den richtigen Weg einzuschlagen“, konstatiert Gaedeke. „Dies sollte nicht mit einer Aushöhlung der Regeln und Förderungen im neuen Gebäudemodernisierungsgesetz untergraben werden.“



Glauben an die Machbarkeit der Energiewende.

Zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken.

Quelle: Sirius Campus

// VON KATIA MEYER-TIEN

^ Zum Inhalt

TECHNIK



Teil der Anlage: Pufferspeicher beim neuen Pumpenhaus auf dem Gelände des Kraftwerks Scholven. Quelle: Steag Iqony

Schwarzes Gold für grüne Wärme

WÄRMENETZ. Bis zu 50 MW Wärmeleistung: Iqony hat nach dreijähriger Bauzeit eine Anlage in Betrieb genommen, die Abwärme aus Öl-Raffinerieanlagen nutzbar macht.

Grüne Wärme dank schwarzem Gold: Der Fernwärmeanbieter Iqony greift für die Versorgung auf Raffinerieanlagen der Ruhr Oel GmbH in Gelsenkirchen-Scholven zurück. Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben eine Anlage in Betrieb genommen, „die industrielle Abwärme erstmals in großem Umfang für die Fernwärme nutzbar macht“.

Für die Abwärmeauskopplung seien in dreijähriger Bauzeit acht Wärmetauscher, eine Übergabestation sowie eine umfangreiche Infrastruktur mit Stahlbau und Rohrleitungen errichtet worden, teilt Iqony mit. Eine knapp drei Kilometer lange, überwiegend unterirdisch verlaufende Rohrtrasse verbinde die Abwärmequellen mit einem neuen Pumpenhaus auf dem Gelände des Kraftwerks Scholven. Dort werde die Wärme in das Fernwärmennetz eingespeist.

Seit wenigen Wochen laufe der 24/7-Probebetrieb mit 20 MW. Bis 2026 will Iqony die Gesamtleistung auf mehr als 50 MW hochfahren. Bei „Green Heat“, so die Bezeichnung, handle es sich um das größte Abwärme Projekt Nordrhein-Westfalens, so der Fernwärmeanbieter.

Verlorener Energieschatz wird gehoben

„Green Heat zeigt, wie konsequent wir Versorgungssicherheit und Klimaschutz miteinander verbinden“, kommentiert Andreas Reichel, CEO Steag Iqony Group, den Betriebsstart. „Wir heben einen bislang verlorenen Energieschatz – und machen ihn zu einem wichtigen Treiber der Wärmewende.“

Das Unternehmen Steag Iqony beziffert seine gesamte jährliche Wärmeerzeugung auf 4,5 Milliarden kWh. Die Netzlänge gibt es mit 2.186 Kilometern an. Bereits heute stamme etwa die Hälfte der erzeugten Wärme aus klimaneutralen Quellen – mit Green Heat steige dieser Anteil weiter. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

50 Hertz errichtet Anschluss für Rechenzentrum bei Berlin



Quelle: Katia Meyer-Tien

STROMNETZ. Der Netzbetreiber 50 Hertz baut das Umspannwerk im brandenburgischen Thyrow auf bis zu 500 MW Anschlussleistung aus. Über die Anlage soll ein neues Rechenzentrum versorgt werden.

Der US-amerikanische Rechenzentrenbetreiber Vantage und der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz haben nach eigenen Angaben einen Anschlusserrichtungsvertrag für eine Anlage unterzeichnet, die in Genshagen bei Berlin entsteht. Die Stromversorgung des neuen Rechenzentrums soll über ein eigenes 380/20-kV-Umspannwerk der Amerikaner erfolgen, das über zwei rund 14 Kilometer lange, erdverlegte 380-kV-Kabel an das Umspannwerk Thyrow von 50 Hertz angeschlossen wird, heißt es.

Der Übertragungsnetzbetreiber plant, zwei 380-kV-Schaltfelder in der neu zu bauenden 380-kV-Anlage des Umspannwerks zu errichten. Die Kosten für die Baumaßnahmen beziffert 50 Hertz auf rund 11,7 Millionen Euro. Die vertraglich vereinbarte Anschlussleistung betrage 300 MW, in der Endausbaustufe seien 500 MW vorgesehen, heißt es weiter.

„Mit diesem Anschluss wird unser BER1-Campus über mehr als 300 MW Kapazität verfügen und damit zu den größten Rechenzentrumscampi in der Region zählen“, wird der Europa-Chef von Vantage, David Howson, in einer Mitteilung zitiert. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Denver, Colorado, stellt laut eigener Aussage rund 50 Prozent der Rechenzentrumskapazität in Berlin-Brandenburg.

2.000 MW bis zum Jahr 2029

50-Hertz-Chef Stefan Kapferer nahm die Vertragsunterzeichnung zum Anlass, um auf die von der Bundesregierung angestrebte Änderung der Kraftwerksnetzanschluss-Verordnung hinzuweisen. „Das ist ein erster wichtiger Schritt, damit künftig nicht mehr das Prinzip ‚First come, first serve‘ gilt, sondern diejenigen Netzanschluss-Projekte zum Zuge kommen, die einen hohen Reifegrad aufweisen“, so Kapferer.

Dem Übertragungsnetzbetreiber schwebt vor, bis 2029 Netzzuschlüsse für neue Rechenzentren mit einer Anschlussleistung von rund 2.000 MW zu realisieren. Insbesondere die Region Berlin/Brandenburg, Frankfurt am Main und die umliegende Region Rhein-Main zählen zu den Wachstumsregionen für Rechenzentren, erklärt das Unternehmen. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

CO2-Emissionen in Deutschland nach Sektoren 1990 bis 2030



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken Quelle: Statista

Im Jahr 2024 war die Energiewirtschaft für 185 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Die gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland betragen im selben Jahr rund 649 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Damit wurde die gesetzlich erlaubte, angepasste Jahresemissionsgesamtmenge von 693,4 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten unterschritten. Laut Gesetz sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. // VON REDAKTION

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

 UNTERNEHMEN


Headquarter von Thyssenkrupp Nucera in Dortmund. Quelle: Thyssenkrupp Nucera

Thyssenkrupp Nucera steigert Ebit trotz Marktschwäche

BILANZ. Die Jahresbilanz des Elektrolyseur-Bauers zeigt ein gemischtes Bild. Während sich das operative Ergebnis verbessert hat, gingen Auftragseingang und Auftragsbestand deutlich zurück.

Die Wasserstofftochter des Essener Industriekonzerns Thyssenkrupp – die Thyssenkrupp Nucera AG & Co. KGaA – hat das Geschäftsjahr 2024/2025 mit einem positiven operativen Ergebnis abgeschlossen. Der Umsatz belief sich auf 845 Millionen Euro und lag damit leicht unter dem Vorjahreswert von 862 Millionen Euro. Gleichzeitig drehte das Ergebnis vor Zinsen und Steuern ins Plus: Das Ebit erreichte 2 Millionen Euro, nachdem im Vorjahr noch ein Verlust von 14 Millionen Euro angefallen war.

Wie das Unternehmen in einer Pressekonferenz am 17. Dezember mitteilte, spiegeln die Zahlen eine „solide Entwicklung in einem weiterhin schwierigen Marktumfeld“ wider. Das Geschäftsjahr der Dortmunder läuft generell vom 1. Oktober bis zum 30. September des Folgejahres.

Der Auftragseingang ging deutlich zurück und erreichte 348 Millionen Euro nach 636 Millionen Euro im Vorjahr. Thyssenkrupp Nucera führt dies vor allem auf die anhaltend verhaltene Investitionsdynamik im Markt für grünen Wasserstoff zurück. Entsprechend verringerte sich auch der Auftragsbestand zum Ende des Geschäftsjahrs auf rund 0,61 Milliarden Euro, nachdem er ein Jahr zuvor noch bei rund 1,13 Milliarden Euro gelegen hatte.

Das Ergebnis aus dem Finanzgeschäft sank auf 17 Millionen Euro (Vorjahr: 26 Millionen Euro). Nach Steuern erzielte das Unternehmen einen Gewinn von rund 5 Millionen Euro, nach 11 Millionen Euro im Jahr zuvor.

Trotz der Marktschwäche habe das Unternehmen seine strategische Entwicklungs-Roadmap im vergangenen Geschäftsjahr konsequent umgesetzt, wie Vorstandschef Werner Ponikwar bekräftigte. Das Unternehmen habe gezielt in neue Technologien investiert und zugleich an einer verbesserten Kostenstruktur gearbeitet, heißt es.

Chlor-Alkali-Geschäft legt zu

Im Segment Chlor-Alkali steigerte Thyssenkrupp Nucera den Umsatz deutlich um 14 Prozent auf 386 Millionen Euro. Im Vorjahr hatte das Unternehmen in diesem Bereich 338 Millionen Euro umsetzen können. Der Auftragseingang erhöhte sich auf 322 Millionen Euro nach 279 Millionen Euro, getragen vor allem vom wachsenden Servicegeschäft. Dieses erreichte einen Auftragseingang von 241 Millionen Euro (Vorjahr: 196 Millionen Euro). Der Auftragsbestand im Segment lag zum Geschäftsjahresende bei 347 Millionen Euro, nach 421 Millionen Euro ein Jahr zuvor. Das Ebit belief sich auf 58 Millionen Euro und lag damit leicht unter dem Vorjahreswert (62 Millionen Euro), was das Unternehmen mit Einmaleffekten im Vorjahr erklärt.

Grüner Wasserstoff mit rückläufigen Volumina

Im Segment Grüner Wasserstoff ging der Umsatz von 524 Millionen Euro im Vorjahr auf 459 Millionen Euro zurück. Laut dem Unternehmen trugen Fortschritte beim Stegra-Projekt in Schweden maßgeblich zum Umsatz bei, während das Großprojekt Neom in Saudi-Arabien aufgrund seines hohen Fertigstellungsgrades weniger Erlöse beisteuerte. Der Auftragseingang brach auf 26 Millionen Euro ein, nach 356 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Entsprechend reduzierte sich der Auftragsbestand von 706 Millionen Euro auf 259 Millionen Euro. Das Ebit verbesserte sich auf minus 56 Millionen Euro (Vorjahr: minus 76 Millionen Euro). Finanzvorstand Stefan Hahn verwies in diesem Zusammenhang auf einen veränderten Projektmix sowie Fortschritte bei der Professionalisierung der Projektabwicklung.

Im Geschäftsjahr 2024/2025 erhöhte Thyssenkrupp Nucera die Ausgaben für Forschung und Entwicklung leicht auf 38 Millionen Euro. Neben neuen Technologie-Generationen im Chlor-Alkali-Bereich erweiterte das Unternehmen sein Portfolio im Wasserstoffsegment durch den Zukauf einer Hochdruckelektrolyse-Technologie (wir berichteten).

Zurückhaltender Ausblick

Für das bereits angebrochene Geschäftsjahr 2025/2026 rechnet Thyssenkrupp Nucera mit einem Auftragseingang zwischen 350 Millionen und 900 Millionen Euro. Bei der Prognose des Umsatzes gibt sich das Unternehmen allerdings zurückhaltend: Dieser dürfte auf 500 Millionen bis 600 Millionen Euro zurückgehen – nach 845 Millionen Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr. Beim operativen Ergebnis erwartet das Unternehmen eine Spanne von minus 30 Millionen Euro bis zur Nulllinie.

Geschäftsjahr 2024/2025 von Thyssenkrupp Nucera (in Millionen Euro)

	2024/2025	2023/2024
Umsatz	845	862
davon im Segment Chlor-Alkali	386	459
davon im Segmente Grüner Wasserstoff	459	524
Ebit	2	- 14
Auftragseingang	348	636
Finanzergebnis	17	26
Gewinn nach Steuern	5	11
Ausgaben Forschung & Entwicklung	38	36

Quelle: Thyssenkrupp Nucera // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

DAS KARRIEREPORTAL FÜR DIE ENERGIEWIRTSCHAFT

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energiotechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Amprion erhöht Eigenkapital



Quelle: Fotolia / caruso13

WIRTSCHAFT. Eine Eigenkapitalerhöhung soll Amprions Energiewende-Investitionsprogramm sichern. Vorangegangen war der Einstieg eines US-Investors bei dem Übertragungsnetzbetreiber.

Auf Investoreneinstieg folge Eigenkapitalerhöhung: Nach dem Einstieg des New Yorker Investors Apollo Global Management hat der Übertragungsnetzbetreiber Amprion jetzt eine geplante Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 2,2 Milliarden Euro vollzogen.

Im November hatten RWE und Apollo ein Joint Venture gegründet. Dieses hält jetzt unter dem Namen RWE Alkaios Holding GmbH die bis dato von RWE gehaltenen Anteile an Amprion in Höhe von 25,1 Prozent. Die genaue prozentuale Verteilung innerhalb des Joint Ventures wurde nicht veröffentlicht. RWE bleibt aber operativ verantwortlich für die Beteiligung und konsolidiert diese weiterhin vollständig im eigenen Geschäftsabschluss, hieß es anlässlich der Gründung (wir berichteten).

Die RWE Alkaios Holding habe sich ebenso wie die M31 Beteiligungsgesellschaft, die 74,9 Prozent der Amprion-Anteile hält, plangemäß an der Kapitalerhöhungsmaßnahme beteiligt, teilt Amprion mit. „Die regelmäßigen Eigenkapitalzuführungen sind fester Bestandteil unserer Finanzierungsstrategie und sichern die Umsetzung unseres Investitionsprogramms“, lässt sich Amprion CFO Peter Rüth zitieren: „Die Investitionen in unsere Projekte und deren planmäßiger Abschluss sind eine wichtige Voraussetzung zur Transformation des Energiesystems in Deutschland.“

Amprion verfolge ein langfristiges Investitionsprogramm zur Umsetzung der Energiewende. Neben Eigenkapitalzuführungen sieht das Unternehmen die Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens und eine international wettbewerbsfähige Eigenkapitalverzinsung als zentrale Voraussetzungen für künftige Investitionen, heißt es in der aktuellen Pressemitteilung.

Die M31-Beteiligungsgesellschaft ist ein Konsortium von Versorgungswerken und institutionellen Anlegern aus der Versicherungswirtschaft – überwiegend aus Deutschland, wie Amprion auf seiner Internetseite erläutert. Dazu zählen etwa die Ärztliche Beteiligungsgesellschaft (AEBG), die Meag Munich Ergo, Swiss Life und Talanx. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Genossenschaft stemmt Speicherprojekt mit MVV Trading



Quelle: Shutterstock / Nutthapat Matphongtavorn

STROMSPEICHER. In Koproduktion entsteht aktuell eine Kombination aus Batteriespeicher und Solaranlage im oberbayerischen Marzling. MVV Trading und eine Genossenschaft üben den Schulterschluss.

Die Vermarktungstochter der Mannheimer MVV Energie AG klinkt sich in ein Speicherprojekt ein. MVV Trading tritt als Partner der „Bürger Energie Genossenschaft – Freisinger Land eG“ auf, die in Marzling einen Batteriespeicher mit angeschlossener Solaranlage errichtet.

Für die Genossenschaft hat die Kooperation den Vorteil, fünf Jahre lang eine festgelegte Vergütung je MW Leistung zu erhalten. Gleichzeitig profitiere sie von „allen Marktchancen durch eine Gewinnbeteiligung“, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung der Partnerunternehmen, die bereits in der Vergangenheit zusammengearbeitet haben.

MVV Trading werde die Vermarktung der Energie im März kommenden Jahres aufnehmen, heißt es weiter. Die Anlage, die über eine Leistung von 2,5 MW verfügen wird, nennt sich „Bürger-Speicher Marzling“ – nach der im oberbayerischen Landkreis Freising gelegenen Gemeinde.

Der Speicher arbeitet in beide Richtungen, kann also sowohl Strom ins Netz abgeben als auch Energie aus dem Leitungssystem und der angeschlossenen Solaranlage aufnehmen. Speicher und Module sind an einen gemeinsamen Netzanschluss angebunden.

Die Bürgergenossenschaft hat bereits Erfahrung in Erneuerbaren-Projekten gesammelt. So sind durch ihre Initiative zum Beispiel eine Windkraftanlage (Leistung: 3 MW), zwei Solarparks (zusammen 2,7 MW), 16 Solardachanlagen (2,3 MW) und 79 Punkte für das Laden von Elektroautos entstanden. Die Genossenschaft hat es sich mit ihren 2.675 Mitgliedern zur Aufgabe gemacht, die Energiewende im Landkreis Freising voranzutreiben. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Duisburg planen zwei Großspeicher



Duisburg plant auf ihrem Gelände den Bau eines Batteriespeichers. Quelle: Stadtwerke Duisburg

STROMSPEICHER. Die Stadtwerke Duisburg wollen die beiden Großbatterien über die Plattform von Terralyr vermarkten und auch anderen Speicherbetreibern ein Vermarktungspaket anbieten.

Die Stadtwerke Duisburg wollen zwei Batteriespeicher errichten. Die beiden Anlagen mit einer Speicherkapazität bis zu 24 MWh sollen an der Konzernzentrale des Versorgers und auf dem Hafengelände am Rhein-Kai-Nord entstehen.

Die Stadtwerke haben laut einer Mitteilung die erforderlichen Genehmigungsanträge eingereicht und damit begonnen, das Gelände für den Bau des ersten Speichers vorzubereiten. Er soll auf einer Fläche errichtet werden, auf der früher Steinkohle für das ehemalige Heizkraftwerk I gelagert wurde.

„Wir haben den Kohleausstieg bereits 2018 vollzogen. Jetzt entstehen an diesem Standort schrittweise moderne und innovative Anlagen, mit denen wir die Energiewende vor Ort vorantreiben“, sagt Andreas Gutschek, Vorstand Infrastruktur und Digitalisierung bei den Stadtwerken Duisburg.

Laut den Stadtwerken wird der Bau, den die Intilion AG aus Paderborn vornehmen wird, nur „wenige Monate“ dauern, da die insgesamt acht Batteriemodule montagefertig angeliefert werden. Lediglich Schaltanlagen und zwei Transformatoren seien zusätzlich noch notwendig.

Die Investitionssumme für die Großbatterie an der Konzernzentrale veranschlagen die Stadtwerke mit 7 Millionen Euro. In die zweite, baugleiche Anlage im Hafen investiert das Unternehmen 8 Millionen Euro. Die auseinanderliegenden Standorte seien notwendig, damit die Leitungswege nicht zu stark belastet werden, heißt es in der Mitteilung.

Die Speicher sollen künftig gemeinschaftlich vom Energiehandel der Stadtwerke und der Terralyr AG optimiert beziehungsweise vermarktet werden. Dafür nutzt man die Plattform des Flexibilitätsanbieters aus dem schweizerischen Zug. Gleichzeitig wollen die Partner auch anderen Betreibern von Großspeichern ein Vermarktungspaket anbieten. Dieses umfasste die Speicher-Optimierung inklusive technischer Anbindung, potenzielle Co-Investitionen und die Unterstützung bei der Projektentwicklung.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Erneuerbare brauchen EU-Konsens



Quelle: E&M

E&M-PODCAST. Die neu gewählte BEE-Präsidentin gewährte E&M ein Exklusiv-Interview. Darin erläutert Ursula Heinen-Esser ihre Sicht auf die Energiewende. Sie ist die erste CDU-Frau in diesem Amt.

Eine erfolgreiche Energiewende benötigt mehr erneuerbare Erzeugung, aber auch eine flexible Energienutzung, sagt die neue Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE). Ursula Heinen-Esser gab dem E&M-Energiefunk ein Exklusiv-Interview, einen Monat nach Amtsantritt. Zuvor war sie in verschiedenen Ministerien auch schon mit dem Thema Energie beschäftigt – etwa der Biomasse, dem Ausstieg aus der Kernenergie oder der Windkraft in Nordrhein-Westfalen.

Im Gespräch mit E&M-Redakteur Georg Eble bewertet sie die Leistungen von Robert Habeck (Grüne) als Bundeswirtschaftsminister und die Expertise seiner Nachfolgerin Katharina Reiche. Die CDU-Frau bringt Erfahrung aus Politik und Wirtschaft in ihr Amt ein, lobt Heinen-Esser. Wie es für die Branche der erneuerbaren Energien weitergeht, hängt auch vom Rahmen der EU ab.

Gesprächspartner:

- Ursula Heinen-Esser (CDU), Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE)

ENERGIE FUNK

IM GESPRÄCH MIT URSULA HEINEN-ESSER PRÄSIDENTIN BEE



WINDKRAFT IM WALD UND FLEXIBLE ENERGIE

Um zum Podcast zu gelangen, klicken Sie bitte auf das Bild

Quelle: E&M

Warum Energiefunk?

Vierzehntäglich mittwochs bringt eine neue Folge des *Energiefunks* Fakten, Meinungen und Skurriles aus der Energiewelt. Neben dem Bericht steht die persönliche Meinung, der Aufruf, Ausbruch oder die plötzliche Einsicht der Energieakteure im Mittelpunkt. Dazu gehören Kurzinterviews aus Politik, Verbänden, Unternehmen oder Wissenschaft, Schlagzeilen der Woche, Trends, Entwicklungen, Prognosen zu aktuellen Prozessen in der Energiewelt und natürlich Meldungen aus der digitalen Welt. Auch das Kurzporträt eines Unternehmens oder innovativen Projekts wird aus aktuellem Anlass gezeichnet.

Wir nehmen die Macher der Energiewelt beim Wort. Ganz gleich, ob Erfolgsmeldung oder Rückzugsgefecht, bei uns stehen Politiker, Unternehmer oder Forscher Rede und Antwort. Zündende Idee oder Schlag in Wasser? Entscheiden Sie selbst beim Zuhören. Oder schicken Sie uns Ihre Meinung zum Thema, reden Sie mit.

Hören ist manchmal leichter als Lesen. Es geht auch unterwegs oder beim Autofahren oder sogar im Dunkeln. Und Sie bekommen den Originalton. Keine gefilterten Berichte, sondern die Aussage pur. Als wären Sie dabei, sozusagen „Ohrenzeuge“. Das kann Sie erheitern, aufregen, den Kopf schütteln oder die Ohren spitzen lassen. Die Wahl liegt bei Ihnen – also reinhören!

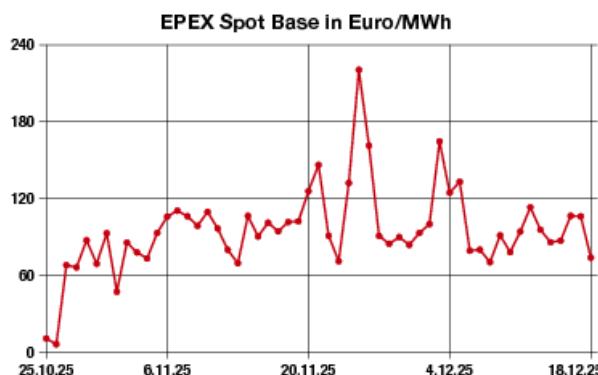
Der *E&M Energiefunk* kann bei [iTunes](#), über [Spotify](#), auf SoundCloud sowie bei [Deezer](#) und [Google Play Music](#) und [Amazon Alexa](#) oder per [RSS-Feed](#) abonniert und angehört werden. Bei [Google Play](#) gibt es ihn auch als App. // VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen:

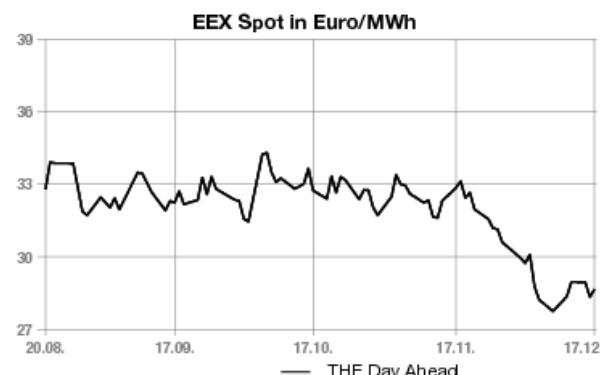
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



CO2: Spekulative Anleger bauen ihre Nettolongpositionen aus



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Etwas fester hat sich am Mittwoch der Energiegroßhandelsmarkt gezeigt. Nach den leichten Abgaben des Vortags schwang der Markt am Berichtstag zurück. Mäßige Aufwärtimpulse kamen allenfalls von den Wetterdiensten. Diese sind sich weitgehend einig darin, dass die milde Witterung, die bislang den Dezember prägte, langsam zu Ende geht. Nach Weihnachten könnten die Temperaturen in Deutschland unter den Durchschnitt fallen. Eine spektakuläre Kältewelle steht allerdings nicht zu befürchten.

Strom: Überwiegend fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt in bereits vorweihnachtlich beruhigtem Geschäft am Mittwoch gezeigt. Der Day-ahead allerdings verlor im Base 32,25 Euro auf 32,25 Euro/MWh und im Peak 30,00 Euro auf 30,00 Euro/MWh. An der Börse kostete der Donnerstag 32,22 Euro/MWh in der Grundlast und 32,22 Euro/MWh in der Spitzenlast.

Der schwächere Day-ahead ist auf die deutlich höhere Einspeiseleistung der Erneuerbaren zurückzuführen, die am Donnerstag anfallen soll. Diese dürfte laut Eurowind auf 28,3 GW klettern, während der Wetterdienst für den Mittwoch nur 10,5 GW vorhergesagt hat. Für den Freitag werden ebenfalls recht kräftige 27,3 GW prognostiziert.

Am langen Ende des Strommarktes notierte das Cal 26 unter dem Eindruck festerer Preise von CO2 und Erdgas mit einem Plus von 0,52 Euro auf 85,01 Euro/MWh.

CO2: Die CO2-Preise haben am Mittwoch zugelegt und zeigten sich damit im Verbund mit Erdgas und Strom. Bis 13.30 Uhr gewann die neue Benchmark Dec 26 um 0,29 Euro auf 87,65 Euro/Tonne.

Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 13,6 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 88,49 Euro/Tonne, das Tief bei 87,37 Euro/Tonne. Unterdessen haben spekulative Anleger ihre Nettolongpositionen an der ICE/Endex um 0,7 auf gut 114 Millionen Tonnen ausgebaut, was für eine weiter sehr positive Markteinschätzung spricht.

Erdgas: Fester haben sich die europäischen Gaspreise am Berichtstag gezeigt. Der Frontmonat Januar am niederländischen TTF gewann bis 13.40 Uhr 0,43 Euro auf 27,30 Euro/MWh. Am deutschen THE notierte der Day-ahead mit einem Plus von 0,24 Euro auf 28,79 Euro/MWh.

Händler führen die Abgaben auf die Prognosen für eine kühlere Witterung in Deutschland und Nordwesteuropa zurück. Laut dem US-Wettermodell sollen die Temperaturen kontinuierlich zurückgehen und nach Weihnachten in Deutschland auf ein Niveau sinken, das bis zu 2 Grad Celsius unter dem saisonalen Durchschnitt liegt. Zudem soll die Windeinspeisung mit Ausnahme der drei Tage vom 25. bis 27. Dezember schwach bleiben.

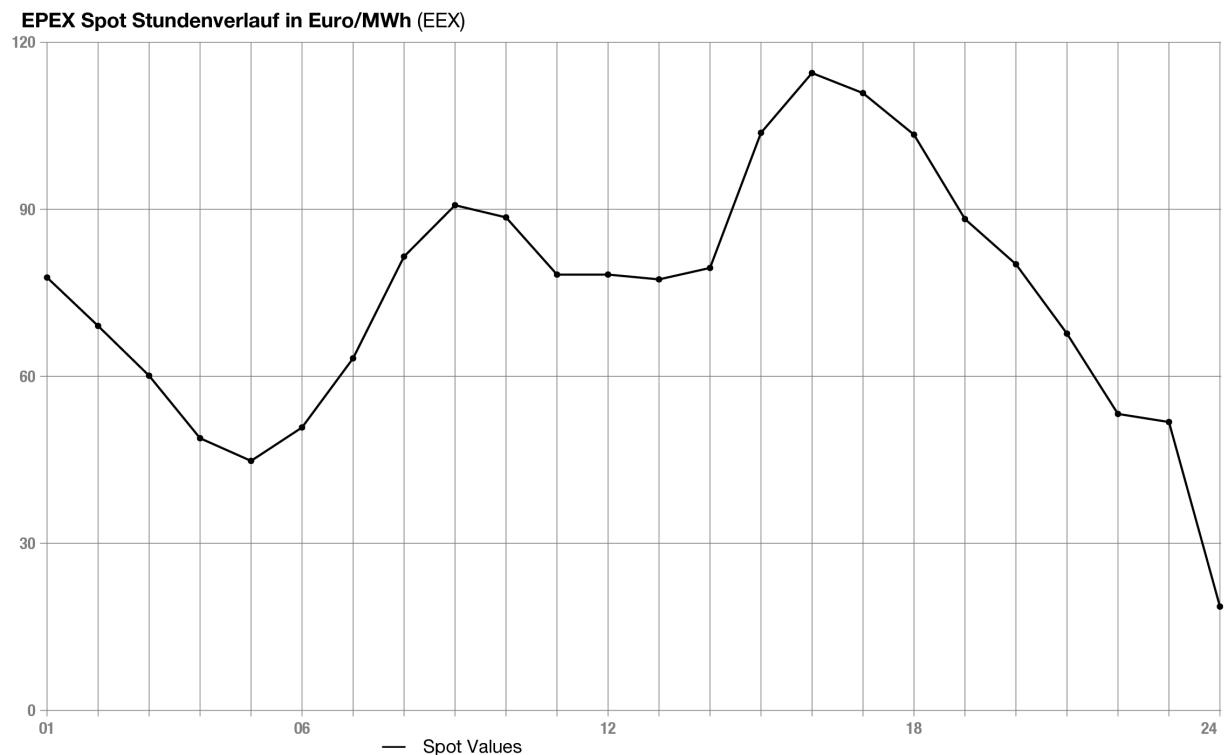
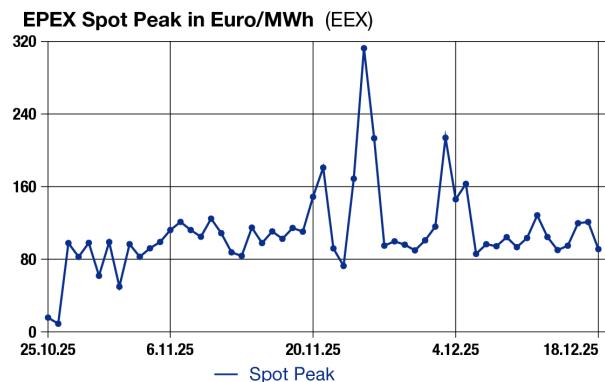
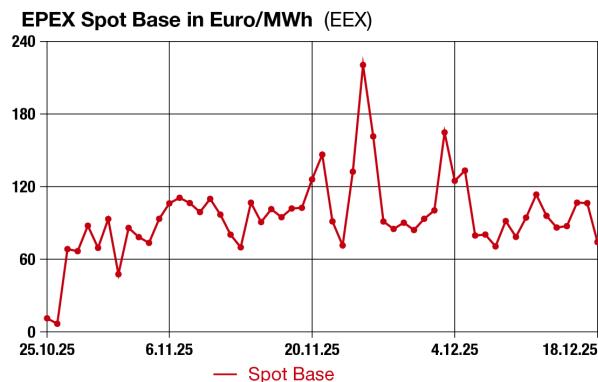
Die Heating Degree Days allerdings belaufen sich laut MBI Research für den Berichtstag nur auf 85,2 und zeigen sich damit bislang noch unter dem Saisondurchschnitt, der bei 98,6 liegt.

Der Gasflow aus Norwegen beträgt für den Berichtstag 348,8 Millionen Kubikmeter und zeigt damit das gleiche sehr hohe Niveau wie an den Vortagen. // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

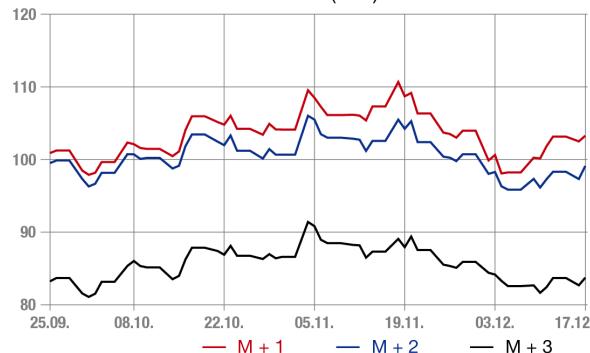
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German Power Jan-2026	103,27
M2	17.12.25	German Power Feb-2026	99,11
M3	17.12.25	German Power Mar-2026	83,73
Q1	17.12.25	German Power Q1-2026	95,25
Q2	17.12.25	German Power Q2-2026	69,30
Q3	17.12.25	German Power Q3-2026	80,53
Y1	17.12.25	German Power Cal-2026	85,02
Y2	17.12.25	German Power Cal-2027	82,06
Y3	17.12.25	German Power Cal-2028	78,82

Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German Power Jan-2026	128,58
M2	17.12.25	German Power Feb-2026	118,57
M3	17.12.25	German Power Mar-2026	88,23
Q1	17.12.25	German Power Q1-2026	111,58
Q2	17.12.25	German Power Q2-2026	50,85
Q3	17.12.25	German Power Q3-2026	72,53
Y1	17.12.25	German Power Cal-2026	88,79
Y2	17.12.25	German Power Cal-2027	86,24
Y3	17.12.25	German Power Cal-2028	83,47

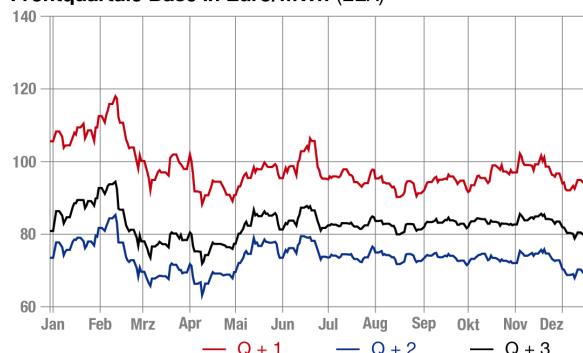
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



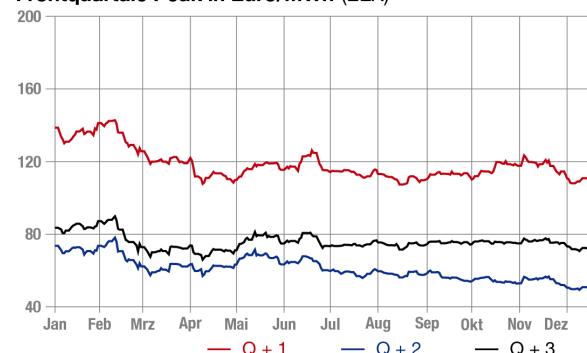
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



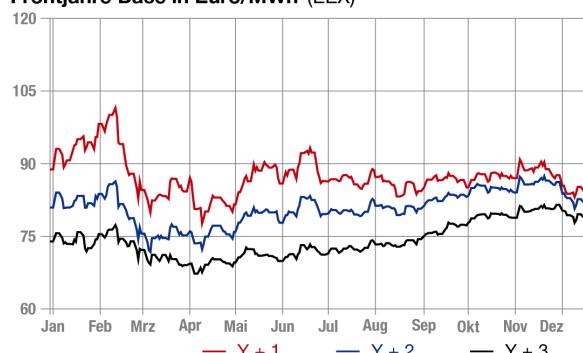
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



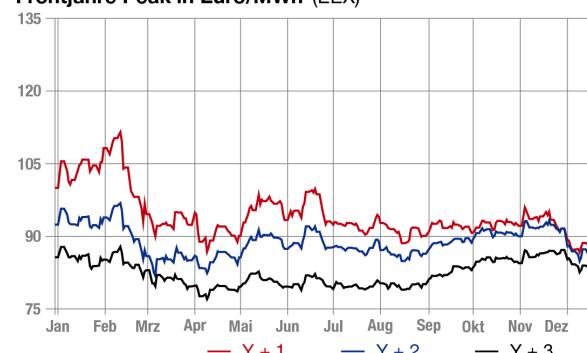
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

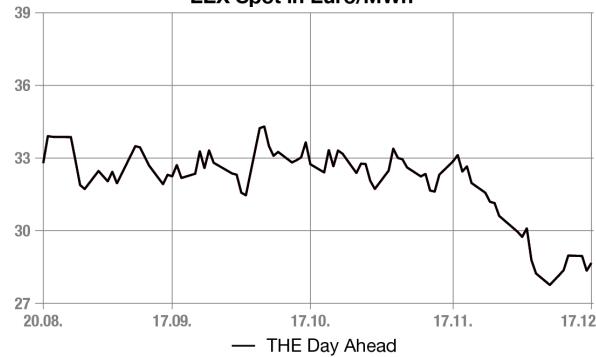
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.12.25	German THE Gas Jan-2026	28,92
M2	17.12.25	German THE Gas Feb-2026	28,72
Q1	17.12.25	German THE Gas Q1-2026	28,73
Q2	17.12.25	German THE Gas Q2-2026	27,31
S1	17.12.25	German THE Gas Win-2026	28,54
S2	17.12.25	German THE Gas Sum-2027	25,41
Y1	17.12.25	German THE Gas Cal-2026	27,94
Y2	17.12.25	German THE Gas Cal-2027	26,60

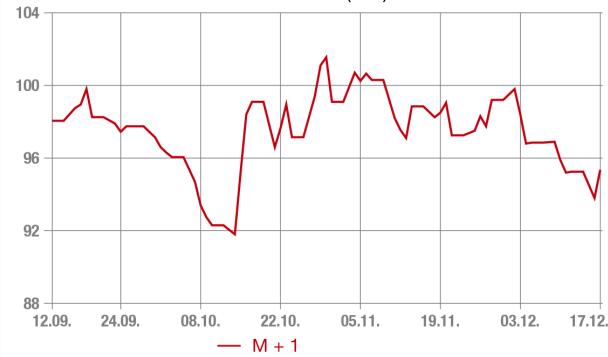
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	17.12.25	74,22	EUR/MWh
Germany Spot peak	17.12.25	91,14	EUR/MWh
EUA Jan 2026	17.12.25	84,79	EUR/tonne
Coal API2 Jan 2026	17.12.25	95,35	USD/tonne

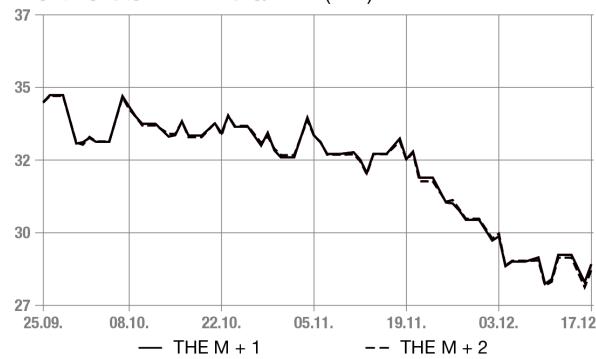
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



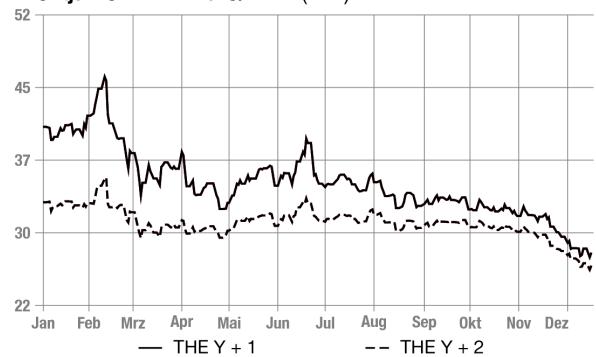
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



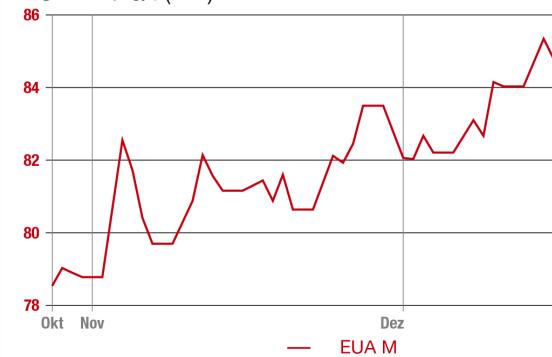
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	17.12.25	28,66	EUR/MWh
German THE Gas Jan-2026	17.12.25	28,92	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	17.12.25	27,94	EUR/MWh
Crude Oil Brent Feb-2026	17.12.25	59,68	USD/tonne

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...
in Amberg

15.12.2025



Professur W 2 Experimentelle Strömungsmechanik

An der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden ist die Professur W 2 Experimentelle...
in Amberg

20.11.2025

- Festanstellung



Bereichsleitung Vertrieb

Gesucht wird ein erfahrener Sales Manager, der die neu geschaffene Position Bereichsleitung Vertrieb ...
in Dahlenburg

07.11.2025

- Bereichs-/Hauptabteilungsleitung
- Festanstellung
- Betr. Altersvorsorge / Firmenwagen /
Flexible Arbeitszeit



Ingenieur (m/w/d) Gas/Wasser

Als Vermessungstechniker:in / Vermessungsingenieur:in oder Geomatiker:in bereitest du eigenständi...
in Hannover

vor 1 h

- Ausbildung



Ingenieur Gas/ Wasser (m/w/d)

Als Vermessungstechniker:in / Vermessungsingenieur:in oder Geomatiker:in bereitest du eigenständi...
in Hannover

vor 1 h

- Ausbildung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

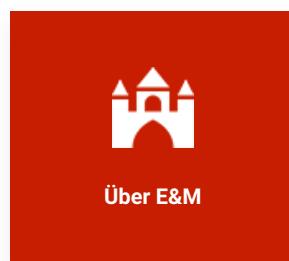
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

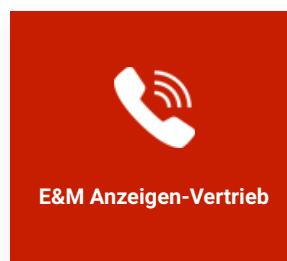
Volker Stephan

Manfred Fischer

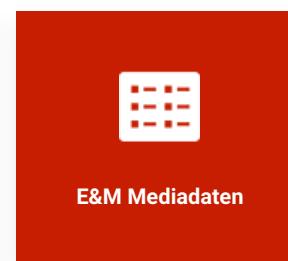
Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



Über E&M



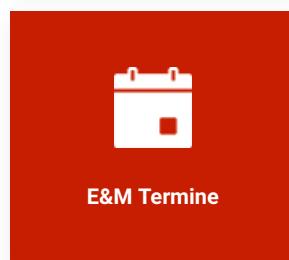
E&M Anzeigen-Vertrieb



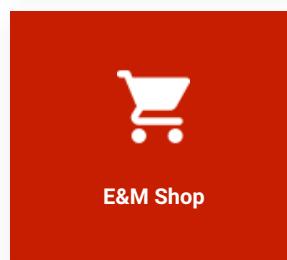
E&M Mediadaten



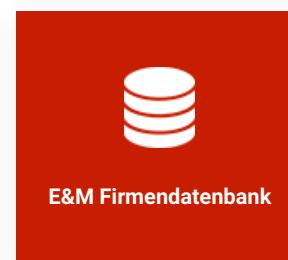
E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zu widerhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2025 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

